

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Bundesbank - Deutsche Bahn AG - USA - Russland - OPEC

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: (2000) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Deutsche Bahn AG - USA - Russland - OPEC, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 4, pp. 197-198

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/44371>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank

Notwendige Strukturreformen

Einigkeit herrscht bei Bundesbank und Bundesfinanzministerium, daß sich die Bundesbank wegen der Verlagerung geldpolitischer Verantwortung auf das Europäische Zentralbankensystem und wegen zunehmender Konzentration der Finanzwirtschaft organisatorisch noch weiter verschlanken kann. Einig ist man sich auch, daß notwendige Strukturreformen erst nach der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2003 einzuleiten sind.

Meinungsunterschiede gibt es noch hinsichtlich Art und Umfang der Veränderung. Die Bundesbank selbst präferiert ein zentralistisches Modell (Modell 1), bestehend aus einem achtköpfigen Vorstand in Frankfurt und weisungsgebundenen Regionalverwaltungen. Die Landesregierungen bevorzugen dagegen ein föderales Modell (Modell 2), das sich an der bisher bestehenden Eigenständigkeit der Landeszentralbanken (LZB) orientiert.

In der seit Mitte 1999 geführten Diskussion zeichnet sich jetzt eine Lösung ab. Sie fällt weitgehend zugunsten von „Modell 1“ aus. Allerdings soll als Kompromiß der Einfluß des vorgesehenen Verwaltungsrats erweitert werden. Unsicher bleibt noch, ob die Bundesschuldenverwaltung weiterhin zu den Bundesbank-Aufgaben gehören wird. Das Bundesfinanzministerium möchte eine eigene Behörde gründen, um ohne geldpolitische Rücksichtnahme die Zinslasten der Staatsverschuldung zu senken. Allerdings soll die Bundesbank weiterhin in die Banken- und Finanzaufsicht mit eingebunden bleiben. Verlagerte man auch diese, würde die Bundesbank fast aller über die Geldpolitik hinausgehenden stabilisierungspolitischen Einflußmöglichkeiten beraubt. de

Deutsche Bahn AG

Wettbewerbsfähig bis 2004?

Im Zuge weiterer Schritte der Bahnreform und der Zielsetzung, die Ertragsfähigkeit der Bahn bis zum Jahr 2004 um 8,4 Mrd. DM zu steigern, plant die Deutsche Bahn AG, bis zu einem Viertel des gesamten Schienennetzes aus dem Unternehmensverbund herauszulösen und von Regionalgesellschaften betreiben zu lassen. Diese Regionalgesellschaften sollen entweder von den Ländern oder von mittelständischen Unternehmen unter dem Dach der Bahn betrie-

ben werden. Die Verkehrsminister der Länder haben sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, solange dadurch für sie keine Mehrbelastung entsteht.

Das Grundproblem der Bahnreform liegt jedoch darin, daß die einzelnen Aktiengesellschaften, die aus der Deutschen Bundesbahn entstanden sind, nicht ausreichend getrennt wurden. Besonders schwerwiegend ist dabei, daß das Netz und die Bahn im Prinzip noch immer in einer Hand sind. Der Staat hat nach wie vor allein schon dadurch einen viel zu großen Einfluß auf die Bahn, daß er bislang noch das gesamte Kapital der Aktiengesellschaften hält. Somit wird die Bahnpolitik immer noch nicht allein durch ökonomische Kriterien, sondern auch durch kurzfristige populäre Entscheidungen bestimmt. Um die Bahn wirklich dem Wettbewerb zu stellen und ihr damit die Chance zu geben, sich zu einem effizienten Unternehmen zu entwickeln, muß der Netzzugang auch für Dritte ohne Diskriminierung möglich sein.

Der jetzt vorgelegte Plan der Bahn bewegt sich wohl nur scheinbar in Richtung auf mehr Wettbewerb. Die Bahn vermeidet, daß eine echte Konkurrenz entstehen könnte. Im Grunde genommen handelt es sich lediglich, wie schon traditionell bei der Deutschen Bundesbahn, darum, mehr Subventionen zu erlangen, in diesem Fall von den Ländern. cw

USA

Sanfte Konjunkturlandung?

Die amerikanische Zentralbank hat Ende März wie erwartet die monetären Zügel weiter gestrafft. Sie hob den Zielzinssatz für die Federal Funds, zu dem die Banken sich untereinander über Nacht Geld leihen, auf 6% an. Seit Juni vergangenen Jahres sind die Zinsen damit in fünf Schritten um insgesamt 1,25 Prozentpunkte erhöht worden.

Eine Geldpolitik der graduellen Zinserhöhungen hatte schon 1994/95 Erfolg, als der Federal Fundsatz im Laufe eines Jahres in sieben Schritten auf 6% verdoppelt wurde. Damals gelang es, das als stabilitätsgefährdend angesehene Expansionstempo der Wirtschaft vorübergehend merklich abzubremsen; die nachhaltige Fortsetzung des Aufschwungs, der mittlerweile zum längsten Boom in der amerikanischen Geschichte geworden ist, wurde so ermöglicht. Im Zuge der aktuellen Zinserhöhungen konnte ein ähnlicher Erfolg noch nicht verbucht werden. Im Gegenteil hat sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr 1999 sogar nochmals merklich beschleunigt.

Wenn es auch nicht zuletzt wegen der üblichen Wirkungsverzögerungen noch zu früh ist, ein abschließendes Urteil über die Wirksamkeit der aktuell erfolgten geldpolitischen Maßnahmen zu fällen, so wäre es angesichts der noch zunehmenden Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wohl doch nur eine Frage der Zeit, bis z.B. die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr durch Produktivitätsfortschritte aufgefangen werden könnten und Inflationsdruck entstünde. Die amerikanische Zentralbank wird sich ihre Erfolgsbilanz aber nicht verderben wollen. Sie dürfte daher die monetären Zügel in den kommenden Monaten weiter straffen, um so mit wohl-dosierten *graduellen Schritten abermals eine sanfte* Landung der Konjunktur herbeizuführen. cb

Rußland

Aufbruch zu neuen Ufern?

Am 26. März haben sich die Russen bereits im ersten Wahlgang für Putin als neuen Präsidenten Rußlands entschieden. Sie wählten ihn für einen Neuanfang nach Jahren der Reformen und Scheinreformen, nach Krisen und Skandalen, die Rußland zwar verändert, aber auch seiner Würde und der Grundlagen des wirtschaftlichen Wachstums beraubt haben. Viele seiner Wähler handelten nach dem Motto: „Wir wissen zwar nicht was Putin genau will. Dafür wissen wir, was alle seine Gegner wollen – und das wollen wir nicht.“ Auf jeden Fall wußten sie, daß er Probleme entschlossen anpacken kann, denn der Tschetschenien-Feldzug hat dies deutlich gemacht. Nun hoffen sie, daß er mit derselben Entschlossenheit Ordnung und Wohlstand schafft und Rußland zu internationalem Ansehen verhilft.

Das Programm Putins, an dem Experten im Moskauer Strategiezentrum unter der Leitung von German Gref fieberhaft arbeiten, ist nur bruchstückhaft bekannt. Es soll Elemente staatlicher Regulierung mit solchen der Liberalisierung verbinden und ein verbessertes Investitionsklima schaffen. Der private Besitz von Acker- und Weideland soll endlich erlaubt werden. Angestrebt wird auch eine territoriale Neugliederung der Föderation, um die Zahl der Regionen zu verringern und handlungsfähige Strukturen zu schaffen. Die Reformen, die bisher verschleppt wurden, werden Putin jedoch nur dann gelingen, wenn er es schafft, die Massen dafür zu begeistern und die Macht der Oligarchen zu brechen.

Am 7. Mai, am Vorabend der 55. Jahresfeier des Sieges über Hitler-Deutschland wird Putin offiziell in sein Amt eingeführt und bei den Feierlichkeiten den Aufbruch zu neuen Ufern verkünden. Die von Putin angestrebten BIP-Wachstumsraten zwischen 7 bis 10% werden allerdings noch lange Zeit eine reine Wunschvorstellung bleiben. ap

OPEC

Schwierige Ölpreisstabilisierung

Ende März haben die OPEC-Länder die vor einem Jahr beschlossene Kürzung ihrer gemeinsamen Ölförderung fristgerecht beendet. Da die Förderung schon vorher über der vereinbarten Menge lag, dürfte die tatsächliche Ausweitung geringer ausfallen, als aufgrund der Rücknahme der Kürzung zu erwarten wäre. Am Ölmarkt war der Schritt erwartet worden, die Spotnotierung für Brentöl fiel bereits vor der OPEC-Konferenz von ihrem Anfang März erreichten Höchststand von über 30 US-\$ je Barrel auf 25 US-\$. Seither gaben die Ölpreise weiter nach; dabei spielten allerdings auch die Aktivitäten von spekulativen Ölfonds eine Rolle. Ob die Preise im weiteren Verlauf des Jahres auf dem niedrigen Niveau bleiben, hängt letztlich davon ab, wieviel zusätzliches Öl auf den Markt kommt. Bei der zu erwartenden höheren Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte wird jedenfalls deutlich mehr benötigt, als derzeit angeboten wird.

Die Ölländer haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Weltmarktpreise mit Hilfe einer Steuerung ihrer Produktionsmengen im Bereich von 22 bis 28 US-\$ – für den im Vergleich zum Brentpreis etwas niedrigeren Preis des sogenannten OPEC-Korbs – zu halten. Eine Anpassung der Fördermengen soll automatisch erfolgen, sobald der Preis mehr als zwanzig Handelstage außerhalb des Preisbandes liegt. Zuletzt bewegten sich die Spotnotierungen an der unteren Grenze. Saudi-Arabien hat bereits angekündigt, daß es sich auf der nächsten OPEC-Konferenz Ende Juni gegen weitere Förderausweitungen aussprechen werde und selbst erneute Kürzungen nicht ausschließe, wenn der Preisverfall zu groß werden sollte. Die Beeinflussung der Weltmarktpreise für Rohöl durch Variation der Mengen erweist sich als schwierig. Die starken Preisbewegungen in den letzten Wochen legen die Vermutung nahe, daß es mit dem Steuerungsmechanismus nicht gelingen wird, die Ölpreise zu stabilisieren. ma